

# Das amerikanische Komitee von Freiwilligen der Entwicklungshilfe zur Vietnamfrage

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **62 (1968)**

Heft 4

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-141433>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

geschlossenheit für praktische Aufbauhilfe gegenüber den Entwicklungsvölkern gehört, damit sie sich durch den Erlös aus gerechten und festen Preisen für ihre Natur- und Arbeitsprodukte selber helfen können. Nicht die Armee und der Zivilschutz erhalten mehr den Frieden eines Landes, sondern das, was die Länder mit- und füreinander tun, um Spannungen durch rechtliche Abmachungen zu lösen und allen Menschen ein menschenwürdiges Lebensrecht und eine Lebensmöglichkeit zu verwirklichen. *Willi Kobe*

## Das amerikanische Komitee von Freiwilligen der Entwicklungshilfe zur Vietnamfrage

Noch steht nicht fest, ob die neueste Verlautbarung Präsident Johnsons zu Friedensverhandlungen mit Vietnam führen wird. Nach den zahllosen hohlen Beteuerungen der Friedensliebe, die wir von ihm gehört haben, müssen wir uns fragen, ob die «Bombardierungspause» die weitere Bombardierungen, hunderte von Kilometern jenseits der Pufferzone, nicht verhindert, überhaupt ernst zu nehmen ist.

Unter diesen Umständen kommt der Standpunktklärung amerikanischer Freiwilliger, die in verschiedenen Sparten der Entwicklungshilfe, unter anderem auch im amerikanischen «Peace-Corps» tätig waren, grosse Bedeutung zu, beziehen sich doch ihre Feststellungen nicht allein auf Vietnam, sondern auf alle unterentwickelten Gebiete, wo freiwillige Hilfe geleistet wurde. Wir zitieren nachstehend einige ihrer Grundsätze samt ihrem Kommentar, wie sie zuerst in der amerikanischen katholischen Zeitschrift «Ramparts» (September 1967) erschienen, und von über 650 Entwicklungshelfern unterschrieben wurden.

«Wir haben in Asien, Afrika und Lateinamerika gearbeitet, weil wir die Erkenntnisse und Techniken des Westens jenen Völkern vermitteln wollten, die im Begriffe sind, sich zu industrialisieren. Wir waren im Glauben, durch solche Arbeit *die Kräfte aufbauender Erneuerung unterstützen zu können, und nicht jene Mächte, die den Status quo des Reichtums und der Vorrechte für die wenigen, und den von Armut, Hunger und Krankheit für die vielen aufrechtzuerhalten suchen.*

Wir reichen Amerikaner erkannten, dass wir da mehr zu lernen als mitzuteilen hatten. Wier lernten Armut mit ihren Begleiterscheinungen von Apathie, Gewalt und Chaos kennen und wir sahen auch die verhaltene Kraft, die den Leuten innewohnt, wenn sie jene von Jahrhunderten der Armut und Leibeigenschaft auferlegte Apathie durchbrechen und resolut die Aufgabe ihres Vorwärtkommens in Angriff nehmen.

Was wir lernten, ist vor allem die Bedeutungslosigkeit der Kalte-Kriegs-Ideologie für die Probleme, mit denen sich die unterentwickelten Völker zu befassen haben. Die Möglichkeit, unsere westliche Gesellschaft aus der Perspektive der zurückgebliebenen Länder zu sehen, liess uns auch die Zweideutigkeit mancher von Amerika unterstützter Entwicklungsprogramme erkennen, unter ihnen jenes des «Peace Corps». Wir fragen uns, ob dieses

letztere den Aufstieg zu grösserem Wohlstand und politischer Verantwortung nicht eher hemmt als fördert. Wir fühlen uns verpflichtet, jene amerikanische Aussenpolitik, die nur einem beschränkten nationalen Interesse mit entsprechender Ideologie zu dienen scheint, zu ändern, und jene Unternehmungen zu unterstützen, die der Welt als Ganzem dienen.

### *Warum wir gegen den Krieg sind?*

Der Krieg macht es unmöglich, die Ziele zu erreichen, auf die wir in den Entwicklungsländern hinarbeiteten. Nicht der Konflikt in Vietnam allein, denn unsere Regierung ist geneigt, *überall* militärische Kräfte einzusetzen gegen Bemühungen der Armen, ihre Lage zu verbessern, sei es nun in Asien, Afrika oder Lateinamerika. Ein Beispiel ist die USA-Intervention in der Dominikanischen Republik im Jahre 1965.

Statt für verzweifelt notwendige Verbesserungen wird unsere Macht und unser grosser Reichtum eingesetzt, um Versuche einer Änderung zu unterdrücken und den bisherigen Zustand zu erhalten, was zu «weiteren Vietnams» führt. Wenn man von uns erwartet, wie das schon oft ausgesprochen wurde, dass wir unseren Landsleuten helfen, andere Völker zu verstehen, so gedenken wir unserer Verpflichtung nachzukommen, denn Schweigen wäre Verrat an Zielen, für die wir gearbeitet haben, und die, wie wir glauben, eigentlich auch die Ziele unserer Nation sind.

Wir sind darum aus folgenden Gründen gegen den Krieg in Vietnam:

1. Der Krieg zerstört in *einem* Entwicklungsland, was wir in so vielen anderen aufzubauen versucht haben.

Jede Bombe, die in Vietnam eine Schule oder eine Brücke zerstört, einen Sodbrunnen verschüttet, ein Kind tötet, vernichtet, was wir in unserem Freiwilligen-Dienst als das Wichtigste betrachteten. Das Erbe an Verbitterung werden wir noch lange zu tragen haben.

2. Der Krieg verhindert die Ausbildung eingeborener Führer, die den Bedürfnissen und Wünschen der Bevölkerung dienen.

Unternehmungen gedeihen nicht, wenn Fremde versuchen, einem Volk ihre Werte und Auffassungen aufzudrängen. Die Leute müssen selbst entscheiden, worauf sie am meisten Wert legen. In Südvietnam sind es heute meist die Militärs, die für das Entwicklungsprogramm verantwortlich sind. So versuchen sie die Dorfbewohner von irgendwelchen administrativen Zentren aus zu manipulieren oder sie in Internierungsdörfern zusammenzupferchen. Die Gegenwart der USA-Militärs erhält ausgerechnet jene Leute an der Macht, die ihre privilegierte Stellung ausnützen und ihrerseits alles tun, um die USA möglichst lange an ihr Land zu binden.

3. Der Krieg entzieht den demokratischen Idealen, für die wir im Ausland und in den USA arbeiteten, den Boden.

In Vietnam identifizieren sich die USA mit den Interessen einer kleinen Machelite von Militärs und Grossgrundbesitzern, die verhindern, dass andere Schichten des Vietnamvolkes an politischen Entscheidungen mitwirken

und am wirtschaftlichen Aufstieg teilhaben. Die Folge ist, dass unsere Vietnampolitik weit mehr zur Unterdrückung als zur Befreiung und zum Wachstum demokratischer Einstellung beiträgt.

Der Krieg untergräbt demokratische Traditionen auch in den USA selbst. Nicht-Zustimmung zur Regierungspolitik wird als unpatriotisch verurteilt, in manchen Kreisen sogar als Verrat bezeichnet. Während wir weiter eskalieren, wird es klar, dass unser Ziel militärischer Sieg und unser angebliches Interesse an Friedensverhandlungen nur oberflächlich ist.

4. Wir verurteilen den Krieg, weil wir glauben, dass die antikommunistische Rhetorik, die wir brauchen, um unser Vorgehen in Vietnam zu rechtfertigen, die Tatsache vernebelt, dass die heutige Welt grundlegend in *Reiche und Arme* geschieden werden muss.

Die Annahme einer weltweiten kommunistischen Verschwörung, die vor 20 Jahren für unsere Beziehungen zu den Oststaaten typisch war, fällt in unserem Verhältnis zu Entwicklungsländern weg. Ihr Kampf um rasche Änderung, obwohl er von Gegnern als kommunistisch gebrandmarkt wird, sucht in den meisten Fällen Lebensbedingungen und Rechtsverhältnisse zu schaffen, die von jenen, in den USA schon lange bestehenden, nicht sehr verschieden sind.

Das entscheidende Problem in Vietnam wie in allen Entwicklungsländern ist nicht die Eindämmung des Kommunismus. Die Frage lautet für diese Länder: *Sollen die Armen und Unterdrückten immer arm und rechtlos bleiben*, oder lassen sich Wege finden, sie zu vollwertigen Gliedern ihrer Gesellschaft zu machen.

5. Der Krieg in Vietnam macht unsere Bemühungen, Armut in den USA auszumerzen und die bürgerlichen Rechte für *alle* amerikanischen Bürger zu sichern, sehr schwierig, wenn nicht unmöglich.

Während unseres Aufenthaltes in den Entwicklungsländern war die Rassendiskriminierung in den USA unsere grösste Bürde. Bis etwa in die Mitte der sechziger Jahre konnten wir ruhig sagen, dass in dieser Frage Fortschritte festzustellen seien. Doch heute sind die Civil Rights in die zweite Linie gerückt, da der Vietnamkrieg die nationalen Kräfte immer mehr absorbiert. Die Bomben, die in Vietnam auf Heime und Schulen und Brücken fallen, müssen aus dem Geld bezahlt werden, das für die Erziehung, Unterkunft, Gesundheitspflege und unzählige andere Nöte der unterprivilegierten USA-Bürger eingesetzt werden könnte.

6. Trotz gegenteiligen Versicherungen erhöhen unsere Kriegshandlungen in Vietnam täglich die Gefahr eines unbegrenzten Krieges mit China oder Russland oder sogar mit beiden Ländern.

In Anbetracht aller Faktoren, die diesem Krieg zugrunde liegen, wird uns immer klarer, dass die Intervention der USA in Vietnam nicht gerechtfertigt werden kann. Es gibt keine Dauerlösung für die Probleme jenes Landes, solange amerikanische Truppen dort kämpfen. Wir verlangen daher *ihren Rückzug*.

Das Eingeständnis eines tragischen Irrtums verlangt grossen Mut. Wir

glauben aber, dass ein Rückzug in diesem Zeitpunkt als Zeichen der Stärke und moralischen Gesundheit unserer Nation gewertet werden wird. Andere Nationen, die ähnliche schwere Entschlüsse zu fassen hatten — die Franzosen in Algier, die Russen in Kuba — werden in der Gemeinschaft der Nationen um so höher geschätzt, als sie bereit waren, ihr Prestige zurückzustellen.

Wahrscheinlich wird unser Rückzug den Zusammenbruch jener bringen, die die USA heute in Vietnam unterstützen. Auch wenn dies der Fall sein dürfte, wird sich sicher ein lebensfähigeres Vietnam aus dem gegenwärtigen Zustand entwickeln. Unsere Erfahrungen haben immer gezeigt, dass nur die eingeborene Führerschaft, die nicht von fremden Stützen abhängt, das Gemeinwesen zum Blühen bringen kann.

Der Rückzug bedeutet aber auch, dass der Vietkong das dominierende Element im politischen Leben Vietnams werden wird. Dazu ist folgendes zu sagen:

1. Durch ihre Unterstützung des unrepresentativen und tyrannischen Regimes Diem hat die USA-Regierung sehr stark zum Aufbau des Vietkongs beigetragen.

2. Der Vietkong vertritt ein breites Segment der südvietnamesischen Gesellschaft. Es ist an den Südvietnamesen, zu entscheiden, welche Rolle die Vietkongs in der Regierung spielen sollen.

3. Falls eine Nachfolgeregierung in Südvietnam eine Vereinigung mit Nordvietnam beschliesst, so ist dies wieder ihre Sache, wie auch die Bedingungen, unter denen die Wiedervereinigung zustande kommt.

4. Sollte es nach unserem Rückzug zu Gewalttaten kommen, lassen wir keinen heuchlerischen Protest los: Es ist unvorstellbar, dass ihre Gewaltanwendung der Gewalt gleichkäme, die wir jetzt in ihrem Land sich austoben lassen, mit der Begründung, wir müssten das Versprechen, das wir einer Minderheit gegeben, einlösen, einer Minderheit, die bewusst darauf spekulierte, dass wir ihre Interessen verteidigen würden.

Wenn die Annahmen, die der USA-Präsenz in Vietnam zugrunde liegen, auch für unsere Aktivität in anderen Teilen der Welt gelten, so wird mit dem Rückzug aus Vietnam auch der Zeitpunkt gekommen sein, da die Regierung der Vereinigten Staaten die Dringlichkeit ihrer Verpflichtungen in andern Teilen der Welt nachprüfen muss. Eine Kaltekriegsmentalität, die die Nationen in die Kategorien «kommunistisch» und «frei» einteilt, hat keinen Begriff von den wirklichen und grundlegenden Kategorien, die da heissen: *reich und arm*. Nicht militärische Intervention, die den Abgrund vertieft, ist nötig; besser ist es, die USA lassen ihre reichen Hilfsquellen der Weltgemeinschaft zugute kommen, wenn möglich durch internationale Institutionen und nicht einzelnen Völkern gegenüber.

Wir haben versucht, durch unsere Arbeit in Entwicklungsländern der Sache des Weltfriedens zu dienen. Wir sind überzeugt, dass unsere Nation ihre wahre Grösse beweisen kann, indem sie auf den Friedensappell aus allen Teilen der Welt hört. Wir fordern darum die Vereinigten Staaten auf, ihre Truppen aus Vietnam zurückzuziehen, ihre weltweiten militärischen Eingriffe zu reduzieren und die internationalen Institutionen zu unter-

stützen, indem sie die technischen Hilfsmittel des Westens jenen zur Verfügung stellen, die sie dringend benötigen.

Wir bitten unsere Regierung, sich diese Rangordnung politischer Forderungen zu eigen zu machen.

Aus «Pacific» (Sydney, Januar/Februar 1968) gekürzt. Unterstreichungen von uns. *Red.*

## Nigeria-Biafra-Konflikt: Nicht einfach ein Kampf gegen den christlichen Teil Nigeriens

Der Bürgerkrieg in Nigeria lässt sich nicht auf eine einzige Formel bringen, indem man etwa behauptet, «hier handle es sich um einen Kampf der minderbegabten, reaktionären, muselmanischen Stämme des Nordens gegen das fortschrittliche, christliche Volk der Ibos im Osten. So einfach ist es nicht. Die Mohammedaner sind die grösste Religionsgruppe in Nigeria. Doch auch im Norden gibt es noch heidnische Gebiete und christliche Einflüsse», meint Klaus Natrop in der «Frankfurter Allgemeinen» vom 12. Februar 1968. Im Westen gar halten sich moslemische, christliche und heidnische Elemente die Waage. «Die Schlüsselstellungen in der Zentralregierung sind indessen in christlichen Händen. Nicht nur der gegenwärtige Staatschef ist Christ, sondern auch elf der 16 Kabinettsmitglieder gehören den christlichen Religionen an. Bei den Streitkräften bekennen sich siebzig Prozent der Soldaten zum Christentum, darunter der Stabschef der Armee und der Befehlshaber der Marine. Und was den Charakter der Stämme angeht, so sind die Ibos zwar offenbar das tüchtigste, aber auch das unruhigste und am stärksten individualistische Volk in Nigeria. Ein grosser Prozentsatz der Ibos sind Christen, jedoch auch in Biafra hängen noch zwischen 25 und 50 Prozent animistischen Religionen an. Aus allen diesen Gründen wäre es falsch, von einer Christenverfolgung in Nigeria zu sprechen.» Der Bürgerkrieg ist dort in erster Linie ein Kampf der Stämme um die Macht und um den Anteil an den Reichtümern der Föderation. Beide Parteien in diesem Kampf tragen ein gerüttelt Mass Schuld an seinem Ausbruch. Die Ibos haben nach dem ersten Militärputsch vom Januar 1966 den Bogen überspannt, indem sie den gesamten Machtapparat des Staates mit ihren Leuten zu durchsetzen versuchten und sogar Hand an die föderalistische Ordnung des Landes und die föderalistische Struktur der Beamtenschaft legten. Die Führer der Haussas und Fulanis muss man verantwortlich machen für den entsetzlichen Gegenschlag, nämlich für die Inszenierung grauenhafter Massenmorde unter den im Norden lebenden Ibos und die Vertreibung der Überlebenden. Danach erst begann die bewusste Absonderung des Ostens.

Aus Weltmissionsdienst, Hamburg, März 1968.  
Zitiert in «Junge Kirche» vom April 1968.